

GMK-Beschluss

Ab November keine Entschädigung mehr für Ungeimpfte bei Quarantäne

Bei Verdienstaufällen wegen angeordneter Corona-Quarantäne sollen die meisten Nicht-Geimpften spätestens ab 1. November keine Entschädigung mehr bekommen. Darauf haben sich die Gesundheitsminister von Bund und Ländern am Mittwoch mehrheitlich in einer Videokonferenz beschlossen.



Holetschek: „Damit setzen wir ein Zeichen, dass auch Ungeimpfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie Verantwortung übernehmen müssen.“

(c) Fotoatelier Krammer, München

„Wir sind uns mit Bund und Ländern einig, dass es jetzt an der Zeit ist, klare Verhältnisse zu schaffen und geltendes Recht auch bundesweit einheitlich umzusetzen. Deswegen soll es spätestens ab 1. November deutschlandweit keine Entschädigungsleistungen mehr für Ungeimpfte geben, die als Kontaktpersonen oder Reiserückkehrer in Quarantäne müssen und sich eigentlich hätten impfen lassen können“, sagte der Vorsitzende der Gesundheitsminister-Konferenz (GMK) und bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek am Mittwoch in München.

Weiter betonte der CSU-Politiker: „Damit setzen wir ein Zeichen, dass auch Ungeimpfte im Kampf gegen die Corona-Pandemie Verantwortung übernehmen müssen. Wer eine Impfung ablehnt – aus welchen nicht-medizinischen Gründen auch immer –, kann nicht von der Gemeinschaft erwarten, dass sie für den Verdienstaufall aufkommt, der durch die Quarantänepflicht entsteht. Das wäre unsolidarisch.“

Es würden aber auch Ausnahmen gelten, erläuterte Holetschek, zum Beispiel für Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen könnten. Dies sei dann mit einem ärztlichen Attest nachzuweisen. Auch Bürgerinnen und Bürger, für die noch keine öffentliche Impfpflicht vorliege oder bis zu acht Wochen vor der Absonderungsanordnung vorlag, bekämen weiter Entschädigungsleistungen. „Wer krank ist, erhält ebenfalls weiter Geld“, sagte Holetschek.

Die Regelung sei bereits im Infektionsschutzgesetz festgeschrieben. Der CSU-Politiker erklärte: „Diese Vorschrift ist rechtlich zwingend und es gibt keinen Ermessensspielraum. In der GMK haben wir nun den wichtigen Rahmen für eine bundesweit einheitliche Umsetzung gesteckt.“ Wer geimpft sei, müsse als Kontaktperson nicht in Quarantäne und hätte somit auch keinen Verdienstaufall.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte das Ende des finanziellen Ausgleichs bei Ungeimpften. „Da geht es übrigens nicht um Druck, sondern um Fairness gegenüber auch den Geimpften. Warum sollen andere dafür zahlen, dass jemand für sich entscheidet, sich nicht impfen zu lassen?“, sagte der CDU-Politiker vor den Beratungen im ZDF.

